



Gemeinsame Stellungnahme
Initiative „Kinder brauchen Kinder“
Initiative „Familien in der Krise“

Unterstützt durch
Gemeinsame Elternbeiräte städtischer Kindertageseinrichtungen München
MIA Bayern | Mütterinitiative für Alleinerziehende

17. Juli 2020

Stellungnahme zu Regularien in Kitas und Schulen bei Erkältungssymptomen

Einmal geniest - auf unbestimmte Zeit daheim?

Kitas sind nur mit großen Einschränkungen in allen Bundesländern wieder geöffnet. Auch in den Schulen ist ein verlässlicher Alltagsbetrieb für viele Kinder nach wie vor in weiter Ferne. Und schon jetzt, im Sommer, zeichnet sich ab, was im Herbst zu unlösbaren Problemen führen wird: banale Erkältungssymptome wie die Schnupfennase, die unter Kindern weit verbreitet und völlig normal ist. In Coronazeiten führen auch diese leichten Symptome von fitten Kindern zum sofortigen, teilweise langdauernden Ausschluss aus Schule und Kita. Selbst falls eine „Gesundschreibung“ oder ein ärztliches Attest vorgelegt wird, ist dies zumindestens in Bayern für die Kita-Leitungen nicht bindend. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die betroffenen Kinder und deren gesamte Familien.

Die Vorgaben der einzelnen Landesministerien sind unterschiedlich, häufig aber äußerst strikt: Bereits bei kleinsten Erkältungsanzeichen müssen die Kinder zuhause bleiben, teilweise dürfen auch gesunde Geschwisterkinder die Einrichtung nicht betreten. Die Auswirkungen: Katastrophal. **Viele Kinder werden im Winterhalbjahr praktisch wieder über Wochen, wenn nicht Monate, isoliert sein.** Nach den letzten Monaten bräuchten sie dringend Kontinuität und Konstanz, verlässliche Strukturen und Tagesabläufe und regelmäßige Kontakte für die Bindung zu „ihren“ Pädagog:innen. Bei Schulkindern gilt es darüber hinaus auch einiges an verlorenem Stoff nachzuholen.

Die Folgen des monatelangen gesellschaftlichen Ausschlusses im Frühjahr werden jetzt gerade erst sichtbar und drohen sich mit den Hygiene-Regularien weiter zu verfestigen: steigende Zahlen von Kindesmisshandlungen, eine weiter auseinandergehende Bildungsschere und negative psychische Auswirkungen wie beispielsweise in der jüngst veröffentlichten COPSYS Studie des Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) untersucht. Zudem wird den Kindern wieder ihr Recht auf Teilhabe an der Gesellschaft,

Bildung und Betreuung verwehrt. Sie werden sich - unterschwellig oder direkt - verantwortlich fühlen, wenn auch Geschwister von einem Ausschluss aus der Einrichtung betroffen sind und Eltern das Betreuungsdefizit gegebenenfalls nicht mehr kompensieren können. Dies führt zu einer weiteren Stigmatisierung der Kinder. Es führt außerdem zu einem weiteren extremen Druck in den Familien. Denn je länger Schulen und Kitas nicht verlässlich geöffnet haben, desto weniger Familien werden in der Lage sein, erneut den Spagat zwischen Kinderbetreuung und Beruf zu schultern! Die Konsequenzen: enormer Stress in der Familie, Existenzängste, finanzieller Druck.

Nicht nur Eltern, auch Kinderärzte wie der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte kritisieren diese Regelungen als vollkommen unverhältnismäßig und nicht im Interesse der Kinder. Das Wissen darum, dass Kinder bei einer Corona-Infektion häufig kaum Symptome aufweisen, darf nicht dazu führen, dass sie beim kleinsten Anzeichen einer normalen Erkältung unter Generalverdacht stehen. Es braucht eine sachliche, interdisziplinäre Debatte über sinnvolle Kriterien unter dem Aspekt, dass es sich auch weiterhin bei den meisten Schnupfennasen um ganz banal erkältete Kinder handelt.

Wir möchten ausdrücklich betonen, dass dies nicht bedeutet, den Besuch der Kitas und Schulen durch wirklich kranke Kinder zu rechtfertigen. Erzieher:innen und Lehrer:innen haben in der Vergangenheit bereits die Erfahrung gemacht, dass Kinder mit Erkrankungen dennoch von Eltern in die Einrichtung geschickt wurden. Klare Regelungen sind deshalb wichtig zum Schutz der Pädagog:innen, Kinder und Eltern.

Aber die derzeitigen Regelungen sind uneinheitlich, verwirrend und nicht alltagstauglich. Sie übertragen die Verantwortung der Umsetzung auf Kitaleitungen, mit der Folge, dass diese entweder rechtliche Risiken auf sich nehmen, um ein Mindestmaß an Betreuung anzubieten oder beim kleinsten Husten die Kinder nach Hause schicken. Durch die Regelungen nimmt die Politik in Kauf, dass Kinder isoliert und Eltern weiter über die Grenzen der Belastbarkeit hinaus beansprucht werden. Wir können diese Regelungen nicht akzeptieren, denn sie sind vollkommen unverhältnismäßig und gefährden das Wohl der Kinder und Eltern.

Deshalb fordern wir:

1. **Die Sicherstellung einer nachhaltigen und verlässlichen Bildung und Betreuung in Pandemiezeiten.** Wir müssen voraussichtlich noch längere Zeit mit dem Virus leben und müssen daher vom Notfallmodus in eine nachhaltige Strategie wechseln. Die enormen gesundheitlichen und gesellschaftlichen Folgekosten für Kinder dürfen nicht weniger wiegen als die Risiken durch eine mögliche Infektion. Daher ist wichtig: Unterricht muss, wann immer möglich, im Präsenzformat stattfinden. Wenn ein Wechsel von Präsenz- und Fernunterricht epidemiologisch nicht vermeidbar ist, muss gelten: je jünger die Kinder, desto wichtiger ist Präsenzunterricht. Es müssen kurzfristige Maßnahmen zur Sicherstellung eines flächendeckend qualitativen Digitalunterrichts ergriffen werden.
2. **Richtigstellung der Infektionsgefahr durch Kinder und Rehabilitation der Kinder vom Ruf als „Virenschleudern“.** Die zu Beginn befürchtete Infektiosität der Kinder hat sich nicht bestätigt! Sie führt aber weiterhin zu Angst beim

Betreuungs- und Lehrpersonal. Eine risikoadäquate, faktenbasierte Aufklärung ist notwendig, um diesen Ängsten zu begegnen. Dazu zählt Transparenz zu ermittelten Infektionsraten, Infektionsfällen und -hintergründen in Kitas und Schulen, sowie Folgeübetragungsraten. Ein Fall in einer Kita ist noch KEIN Ausbruch. Bei Folgefällen ist zu berücksichtigen, ob die betroffenen Kinder gegebenenfalls engen privaten Kontakt hatten.

3. **Entwicklung fundierter, verhältnismäßiger und praxistauglicher Entscheidungsvorgaben (insbesondere betreffend Verdachtssymptome) in Kooperation** mit Kinderärzt:innen, Virolog:innen, Kita- und Schulleitungen, den Gesundheitsämtern sowie repräsentativen Familienvertreter:innen, z.B. im Rahmen runder Tische. Dabei muss das Wohl der Kinder und Familien - dazu gehört auch das psychische Wohlergehen - ins Verhältnis zum aktuellen Infektionsgeschehen gesetzt werden. Eine Anpassung muss sowohl bei steigendem, als auch bei abnehmenden Infektionsgeschehen erfolgen. Aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse müssen zügig und immer in Abstimmung mit den Beteiligten eingearbeitet werden.
4. **Keine voreiligen Schließungen von Kitas und Schulen wegen reinen Erkältungskrankheiten** ohne bestätigten Coronafall bei Kindern, Erzieher:innen oder Kontaktpersonen.
5. **Gleichbehandlungsgebot von Kindern und Erwachsenen.** Quarantäne- und Betretungsregelungen für Kinder an Schulen und Kitas müssen angeglichen werden zu denen für Erwachsene an ihren jeweiligen Arbeitsstätten: kein Betretungsverbot für gesunde Familienmitglieder, keine Einrichtungsschließung bei einzelnen Fällen.
6. **Sicherstellung der notwendigen Ressourcen und Infrastruktur zur Gewährleistung eines maximal regulären Betriebes:**
 - a. **Personalkapazitäten zum Ausgleich von höheren Krankheitsraten bei Erzieher:innen und Lehrer:innen.** Es darf nicht zu einem systematischen Ausfall bei Betreuung und Bildung aufgrund von krankheitsbedingt fehlendem Personal in Kitas und Schulen kommen. Es muss bereits jetzt mehr Personal eingestellt werden. In den Schulen können das auch fortgeschrittene Lehramt-Studierende und Quereinsteiger sein.
 - b. **Anmietung zusätzlicher Räumlichkeiten bzw. Nutzung von Außenanlagen** zum Ausgleichen eines möglichen Raummehrbedarfs bei erneuter Verringerung der Klassengrößen aus epidemiologischen Gründen.
 - c. **Anwendung kinderfreundlicher Testverfahren**, z.B. Spucktest **sowie Sicherstellung schneller Testergebnisse** ("24h Testergebnis").
7. **Gesetzliche Maßnahmen zur beruflichen Absicherung der Familien:** Bei Betreuungsausschluss, Qualifizierung für Entschädigung gemäß §56 Infektionsschutzgesetz - Home-Office darf kein Ausschlussgrund sein. Diese Regelung impliziert, dass bei Betreuungsausschluss keine Kindkranktage

genommen werden müssen. Es muss ein Recht auf Home-Office und ein Recht auf Sonderkündigungsschutz bestehen.

Die unterzeichnenden Initiativen:

Kinder brauchen Kinder - die Petition

Initiative Familien in der Krise (FidK)

Gemeinsame Elternbeiräte städtischer Kindertageseinrichtungen München

MIA Bayern | Mütterinitiative für Alleinerziehende, Landesgruppe Bayern



Über die Initiativen:

Familien in der Krise ist es gelungen eine deutschlandweite Initiative für Familien aufzubauen. Wir verfolgen das Ziel Familien und Kinder in das Zentrum politischer Entscheidungen zu rücken. Wir konnten durch zahlreiche Demonstrationen, Petitionen, Statements sowie Aktionen auf die Situation von Familien aufmerksam machen. Daraus resultierten zahlreiche Gespräche mit führenden Politiker*innen aus Bundes- und Landespolitik sowie ein gutes Medienecho.

Die bundesweite Initiative "**Kinder brauchen Kinder**" mit der gleichnamigen Petition, die mittlerweile 85.000 Unterschriften für eine verantwortungsvolle Öffnung von Kitas und

Schulen gesammelt hat, setzt sich für die Rechte der Kinder und ein positives Bild von Kindern in der Gesellschaft ein. Wir waren im Gespräch mit Bundesfamilienministerin Franziska Giffey und zahlreichen anderen Politiker:innen. Das ZDF berichtete, neben anderen Medien, über uns in den heute Nachrichten. Wir arbeiten in einem engen Netzwerk aus vielen Partner:innen, die das gleiche Ziel verfolgen wie wir.

Die **Gemeinsamen Elternbeiräte städtischer Kindertageseinrichtungen der Landeshauptstadt München** (GEbKri für städtische Krippen, GKB für städtische Kindergärten und GEBHT für städtische Horte & Tagesheime) vertreten die Interessen der Eltern von 36.000 Kindern.

MIA entstand aus der digitalen Vernetzung alleinerziehender Mütter. Sie wollten über den reinen Erfahrungsaustausch hinaus selbst aktiv werden: die Öffentlichkeit verstärkt über die Missstände und großen Hürden ihrer Lebenssituation aufklären, der Politik wichtige Impulse geben und selbst politisch arbeiten, um die teils erschreckend prekäre Lage von alleinerziehenden Müttern und ihren Kindern zu verbessern. Dafür schlossen sie sich Ende 2017 zu MIA zusammen. Seit 2018 hat die bundesweite Initiative, deren lockere Basis rund 2.000 betroffene Mütter in verschiedenen assoziierten Gruppen umfasst, ihre Bundesgeschäftsstelle in Berlin. Die Website ist unter www.die-mias.de zu finden.

Kontakt und weitere Informationen

Bundesweite Initiative „Kinder brauchen Kinder“

<https://kinderbrauchenkinder-petition.de>

info@kinderbrauchenkinder-petition.de

#KinderBrauchenKinder

mit der Petition „Kinder brauchen Kinder“ mit über 85.000 Unterzeichner:innen

Initiative „Familien in der Krise“

www.familieninderkrise.com

info@familieninderkrise.com

#familieninderkrise